

Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der Südbödecker Volksbote erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebeneinanderstehende Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112.

Dienstag, den 17. Mai 1921.

28. Jahrgang.

Das Echo der Polenrede Lloyd Georges

Die Ausführungen Lloyd Georges im englischen Unterhaus verdienen, im deutschen Reich weitester Beachtung gewürdigt zu werden. Es darf zwar nicht übersehen werden, daß Lloyd George als Vertreter der englischen Regierung in England selbst andere Töne anschlägt als bei den Beratungen der Völkervereinigung oder bei sonstigen Interalliierten Zusammenkünften; der Ton seiner Rede war jedoch auf eine so heftige Anklage gegen Polen in verstärkter Form, gegen das verbündete Frankreich eingestellt, das aus den Ländern der Alliierten sowohl wie aus den neutralen Staaten schon ein ungewöhnlich lebhaftes Echo zu vernehmen ist. Man braucht die Bedeutung der Lloyd Georgeschen Rede nicht zu überschätzen, um doch zu der Überzeugung zu gelangen, daß in ihr eine Wendung der englischen Politik angekündigt ist, die für die künftigen Beziehungen zwischen den Alliierten und den besiegten Ländern, namentlich Deutschland, nicht ohne nachhaltigen Einfluß bleiben kann. Lloyd George hat in seiner Rede ausdrücklich Oberschlesien nicht zurekannt; sondern er stimmt hinsichtlich der Teilung Oberschlesiens in entscheidenden Punkten mit den übrigen Alliierten überein. Soweit er jedoch das historische Recht Deutschlands auf Oberschlesien, seine Anspruchsberechtigung, deutsches Land selbst verteidigen zu dürfen, sowie die Notwendigkeit, Deutschland gegenüber ein offenes Spiel zu spielen, hervorhebt, brachte er neue Gesichtspunkte zur Sprache, die insbesondere in Warschau und Paris einen niederschmetternden Eindruck machen müssen.

Wir haben in den letzten Jahren viele und schöne Reden ausländischer Staatsmänner gehört, die stark ethische Färbung zur Schau trugen und an Recht und Gerechtigkeit in der Welt, wie an das Prinzip der Wahrheit appellierten; wir haben ebenso oft festgestellt müssen, daß von diesen schönen Wendungen wenig oder nichts in die Tat umgesetzt worden ist. Diese Erwägungen führen uns dazu, in den Ausführungen Lloyd Georges die Ankündigung einer neuen Phase der europäischen Politik zu erblicken; als Sozialisten jedoch haben wir die Pflicht, den Appell an die Gerechtigkeit uns zu eigen zu machen, wo immer er uns entgegentritt. Lloyd George hat durch seine Rede einen Kampf des französischen Chauvinismus und Militarismus gegen sich entfesselt, der durch einen wütenden Artikel Poincares eingeleitet wurde; auch von englischer Seite selbst werden sich Einflüsse auf den Minister geltend machen, die eine Umdeutung des soeben eingeschlagenen neuen englischen Kurses zu erzwingen versuchen werden. Deutschland kann in diesem Augenblicke nichts anderes tun, als durch immer erneute Hinweis auf die unerhörten polnischen Übergriffe in Oberschlesien mehr und mehr Politiker in den Entente-Ländern von der Gerechtigkeit seiner Sache zu überzeugen. Die Stimmen aus Italien, die der englischen Politik sekundieren und die polnische Haltung aufs schärfste verurteilen, nehmen gewaltig zu; von deutscher Seite muß umso mehr alles vermieden werden, was in die oberösterreichische Bevölkerung Unruhe sät oder den Eindruck erwecken könnte, Deutschland arbeite auf einen Bruch unter den Alliierten hin. Noch jeder „diplomatische“ Versuch dieser Art hätte den gegenteiligen Erfolg; er trug stets dazu bei, die Alliierten um so näher zusammenzubringen, weil das gemeinsame Mißtrauen gegen Deutschland neue gemeinsame Bindungen schuf. Deutschland hat im Augenblick keinen Anlaß zu jubeln; es muß sich darauf beschränken abzuwarten, gegen Übergriffe zu protestieren und jede eigene Provokation auf das schärfste zu vermeiden.

Erschütterung der französischen Meinung?

II. London, 16. Mai. Die Rede Lloyd Georges im Unterhaus wird hier überall besprochen. Die Blätter bringen lange Artikel aus der französischen Presse, um zu beweisen, in welchem Maße die französische Meinung durch die Ausführungen Lloyd Georges erschüttert ist. Der französische Pressebericht, daß Lord Aberdeen einen Geheimvertrag mit der deutschen Regierung geschlossen hat, wird in den Londoner Abendblättern vollkommen demütiert.

Belgien zu der Auffassung Lloyd Georges.

II. Brüssel, 16. Mai. Die belgische nationalistische Presse reagiert in unbekannt scharfer Weise auf die Rede Lloyd Georges und spricht von einer unglaublichen deutsch-freundlichen Gesinnung des englischen Premiers, wobei sie auf Irland hinweist und fragt: Wenn nach Lloyd Georges Behauptung die Polen in Oberschlesien eingeschlagen sind, was denn dann die Engländer in Irland getan hätten? Berlin werde sich freuen, feststellen zu können, daß die Uneinigkeit unter den Alliierten immer weitere Fortschritte mache. Die französische gesinnung „National Belge“ sieht in Lloyd Georges Haltung einen Versuch, ein Übergewicht Frankreichs in Europa zu verhindern.

Mut und Hohn der polnischen Presse.

II. Warschau, 17. Mai. Ausdrücke von Mut, Hohn und Drohungen füllen seit gestern die Spalten der hiesigen Zeitungen. Die viel gelesene „Kocypolita“ nennt die Londoner Rede ein „unheimliches Geschwätz“ und ruft höhnend aus: „Oberschlesien habe schon Jahrhunderte preussischer Unterjochung verstanden, Oberschlesien werde auch Lloyd George verdammen!“

Italiens öffentliche Meinung fordert Gerechtigkeit.

II. Rom, 17. Mai. Die gesamte italienische Presse steht in diesem Augenblicke auf Seiten Lloyd Georges. Nur fürchtet der „Popolo Romano“, daß Lloyd Georges auch diesmal wieder unglücklich sein könnte, wie er es Frankreich gegenüber regelmäßig tat. Der „Tempo“ weist auf die wachsende Kluft zwischen London und Paris hin und nennt Briands Erklärungen widerlich chauvinistisch. Der Berliner Vertreter der „Gazetta de Popolo“, Dr. G. Benedetti, hebt das gute Recht Deutschlands hervor, sich gegen die durch die Ohnmacht der J. A. hervorgerufene polnische Vergewaltigung zu wehren. „Corriere della Sera“ erklärt, die hauptsächlich auf den Rat Amerikas gestützte Annahme des Ultimatums hat die diplomatische Lage wie durch einen Zauberstrich verwandelt. Bald werden die Franzosen und die Polen dies zu ihrem Leidwesen erkennen. Lloyd Georges Rede bedeute ein kategorisches Halt.

II. Rom, 17. Mai. Briand hat mit seinen Erklärungen an die Journalisten hier keine gute Presse gefunden. Man wirft ihm Einseitigkeit vor. Wenn nicht sehr bald eine gründliche Veränderung in dem Verhältnis der Interalliierten Kommission in Oberschlesien eintritt, werden die Italiener ihre Truppen ganz zurückziehen, weil sie es unter solchen Umständen als zwecklos erachten würden, weitere Menschenleben aufs Spiel zu setzen.

Eine Erklärung Briands gegen die Rede Lloyd Georges.

II. Paris, 15. Mai. Ministerpräsident Briand hat einem Korrespondenten des „Temps“ gegenüber folgende Erklärungen abgegeben: Ich habe ein Resümé der Rede Lloyd Georges im Unterhaus bezüglich der gegenwärtigen Unruhen in Oberschlesien gelesen. Die Fassung von Lloyd Georges Rede, die mir vorlag, war so gekürzt, daß es mir nicht möglich war, ein eingehenderes Urteil abzugeben. Ich bin nicht überrascht, daß seine Ansicht vom französischen Standpunkt letzten Endes abweicht. Die englische Ansicht wurde durch die Meinung des britischen Kommissars in Oberschlesien beeinflusst, die von dem Standpunkt des französischen und auch des italienischen Kommissars in Oberschlesien abweicht. Es war beabsichtigt, von der interalliierten Kommission binnen drei oder vier Tagen einen Bericht zu verlangen, bevor die Resultate aller Ortshaupten endgültig bekannt waren. Auf diese Weise hat man drei verschiedene Berichte erhalten, die noch nicht von den Alliierten gemeinsam geprüft werden konnten. Der Ursprung der Unruhen ist teils diesem Umstande zuzuschreiben, teils in falschen von der deutschen Presse verbreiteten Meinungen über die definitive Zuteilung des ganzen industriellen Gebietes an Deutschland zu suchen. Es ist sicher, daß wenn Deutschland ermuntert würde, mit der Waffe in Oberschlesien zu intervenieren, eine höchst ernste Lage geschaffen würde. So tadelnswert der polnische Aufstand auch ist, so wird er doch nur im Innern Oberschlesiens durchgeführt, da die polnische Regierung die Vorsicht walten ließ, der Aufforderung der Alliierten Folge zu leisten, von den Insurgenten abzurücken. Eine direkte Aktion der deutschen Regierung zur gewaltsamen Lösung des oberösterreichischen Problems zu dulden, wäre eine Verletzung der Prinzipien der Abstimmung und der Beschlüsse des Versailler Vertrages. Die so überaus schwierige Lage, in die die interalliierte Kommission sich verwickelt sieht, ist durch die Tatsache entstanden, daß die Verantwortung und die Obliegenheiten, die zwischen den vier Mächten verteilt werden sollten, nur auf die Truppen Frankreichs und Italiens gekommen sind. Es wäre Unrecht, nachdem man ihnen diese schwierige Verantwortung überlassen hat, ihnen jetzt ihre Machtlosigkeit vorzuwerfen. Man muß die interalliierte Kommission arbeiten lassen, die, nachdem sie die Ordnung wieder hergestellt haben wird, die Verwaltung des Gebietes wieder übernimmt und den alliierten Regierungen eine Grenze vorschlägt, die der Abstimmung und der betreffenden Klausel des Friedensvertrages entspricht.

Neue Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Briand bevorstehend.

II. Paris, 17. Mai. Wie die Blätter berichten, hat die englische Regierung der französischen Regierung eine zwei Seiten umfassende Denkschrift zugehen lassen, in welcher die englische Ansicht über die oberösterreichische Frage dargelegt wird. Am Schluß der Denkschrift wird ein Meinungsaustausch entweder in Boulogne oder in Ostende über das oberösterreichische Problem angeregt. Die französische Regierung antwortete darauf, daß die Aussprache erst stattfinden könne, nachdem der Ministerpräsident mit der Kammer in Verbindung getreten sei.

Meinungsaustausch zwischen London und Paris während der Feiertage.

II. London, 17. Mai. Lloyd George hat die Feiertage auf seinem Landgut in Chequers zugebracht, wo der japanische Kronprinz sein Gast war. Während der Feiertage hat ein Meinungsaustausch zwischen hier und Paris stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß Ende der Woche eine Sonderkonferenz zwischen Lloyd George und Briand arrangiert werden soll, entweder in Lympne oder in Boulogne.

Die deutschen Gewerkschaften bei den Völkervereinigungen der Alliierten.

II. Berlin, 15. Mai. Wegen der Lage in Oberschlesien sind die deutschen Gewerkschaften bei den Völkervereinigungen von England, Frankreich und Italien vorstellig geworden, um ihnen die Auffassung der deutschen Arbeiter in der oberösterreichischen Frage persönlich vorzutragen. Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (München), des Gewerkschaftsrings (Süddeutsche) und des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes (Afa) wurden am Sonnabend von den drei Völkervereinigungen empfangen. In der Aussprache wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die deutsche Bevölkerung gegen die Plünderungen und gegen die Gewaltmaßnahmen der Polen zu schützen. Es ergab sich die übereinstimmende Auffassung, daß der Oberste Rat in seiner Beschlusfassung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens sich nicht durch den Zustand der Polen beeinflussen lassen werde. Den Herren Völkervereinigungen wurde eine von den Gewerkschaften unterschriebene Denkschrift übergeben, in der es heißt: Durch Annahme des Londoner Ultimatums wird das deutsche Wirtschaftsleben mit ungeheuren finanziellen Verpflichtungen belastet. Die Abstimmung in Oberschlesien hat eine überwiegende deutsche Majorität ergeben, wenn eine ähnliche polnische Majorität zu verzeichnen gewesen wäre, kein Zweifel gegeben wäre, daß die Polen dieses zum Anlaß genommen hätten, die Zuweisung von Oberschlesien ungeheilt an Polen zu fordern. Das gleiche müssen die deutschen Arbeiter verlangen. Die Gewerkschaften halten es für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft eintreten muß und der 13. Teil des Friedensvertrages in Deutschland nicht durchgeführt werden kann, wenn die Regelung in einem gegen das Ergebnis der Abstimmung gerichteten Sinn erfolgen würde.

Die Lage im Aufstandsgebiet.

Plesch und Rybnitz von den Italienern verlassen.

II. Katowitz, 17. Mai. Der Schutz der Städte Plesch, Rybnitz und Nicolai ist jetzt den französischen Truppen anvertraut worden, während sich die italienischen Truppen zurückgezogen haben. Was das zu bedeuten hat, konnte die Stadt Nicolai gleich nach dem Abzug der italienischen Truppen erfahren. Die Insurgenten besetzten die Stadt, ohne von den französischen Besatzungstruppen daran gehindert zu werden. Die Polen verhinderten auch das Abziehen der Beamten der deutschen Apo, die in Stärke von 63 Mann interniert wurden. Dasselbe Schicksal ereifte die deutschen Flüchtlinge. Am 15. Mai nachts tobten schwere Kämpfe um die Stadt Gogolin. Der Ort lag stundenlang unter Artilleriefeuer. Die deutsche Apo hat jedoch die Stadt gehalten. Verstärkung ist von Oppeln abgegangen. Gemäß eines schriftlichen Vertrages zwischen französischen und englischen Offizieren einerseits und polnischen Offizieren andererseits war am 14. Mai ein Zug mit Flüchtlingen abgegangen. Obwohl die Polen sich verpflichtet hatten, den von drei Ententeoffizieren begleiteten Zug passieren zu lassen, wurde er angehalten und trotz des Protestes der Ententeoffiziere durften nur 90 Frauen und Kinder die Fahrt fortsetzen, während 630 Flüchtlinge nach Loskau verschleppt wurden. Wegen der Freilassung der Verschleppten sind bereits Verhandlungen mit Korsantny eingeleitet worden. An eine Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs ist vorläufig nicht zu denken.

Ein Abkommen zwischen der J. A. und den polnischen Rebellen.

II. Berlin, 17. Mai. Wie verlautet, ist ein Abkommen zwischen der Interalliierten Kommission und den polnischen Insurgenten dahin abgeschlossen worden, daß die beiden Städte Plesch und Rybnitz nicht besetzt werden sollen. Im Kreise Strelitz haben Kämpfe stattgefunden, bei denen auf deutscher Seite eine Anzahl Tote zu beklagen ist, die im polnischen Artilleriefeuer gefallen sind. In die bedrohten Gegenden sind deutsche Aboeamte zur Unterstützung abgeordnet worden.

Die Erläuterungen der Entente zum Ultimatum.

II. Berlin, 17. Mai. Wie schon bekannt, ist man sich von Berlin aus vor Annahme des Ultimatums bewußt gewesen, von der Entente bestimmte Erläuterungen zu verlangen. Nach der „Täglichen Rundschau“ sind die deutschen Anfragen betreffs Wiederaufbau, Ausfuhrabgabe und Aufhebung der Sanktionen befriedigend beantwortet worden. Laut der „Post. Ztg.“ ist auch die vierte Frage über Oberschlesien befriedigend beantwortet worden.

